Nr. 159. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 6. April 1894.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. **Berlin**, 5. April.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 5. April.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Szmula (Ztr.) wird debattelos, dem Antrage der Kommission gemäß, für ungültig erklärt. Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgg. Brockmann und Wallenborn (Ztr.), sowie der Abgg. Dr. Stephan und Graf v. Ballestrem (Ztr.).

Bezüglich der Wahl des Abg. Lucius (freik.) beantragt die Kommission Beanstandung und Vorlegung einer Karte mit Angabe der Bevölkerungsziffer über die betreffenden Wahlbezirke.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.) beantragt, auf die verlangte Karte zu verzichten.

Die Abgg. Graf Bassewitz (kons.) und Dasbach (Ztr.) widersprechen dem.

Das Haus beschließt nach dem Antrage seiner Kommission und lehnt den Antrag Zedlitz ab.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Wahl der Abgg. Dietze-Neuwied und Dr. Dünkelberg (nl.). Die Kommission beantragt Gültigkeitserklärung.

Abg. Mies (Ztr.) beantragt Beanstandung der Wahlen und Erhebungen über behauptete gesetzwidrige Eintheilung von Wahlkreisen.

Abg. Haacke (nl.) bekämpft den Antrag Mies; die Eintheilung der Wahlbezirke sei von den Beamten in gewissenhafter Weise erfolgt; das Haus könne nicht durch Anordnung der verlangten Erhebungen Mißtrauen gegen die Beamten aussprechen, gegen die kein Vorwurf zu beweisen sei.

Abg. Dasbach (Ztr.): Den Beamten wird auch von uns keine mala fides vorgeworfen; aber es ist hier eine bedenkliche Wahlgeometrie getrieben worden. Ich zahle Demjenigen eine Prämie, der mir einen Wahlkreis nachweist, der in ähnlicher Weise zu Gunsten des Zentrums eingetheilt ist. (Heiterkeit.) Will das Haus die Beanstandung nicht aussprechen, so möge es wenigstens die Erhebungen über die Wahlkreisgeometrie anordnen.

Abg. Dr. Krause (nl.): Die Vorwürfe gegen die Beamten sind völlig beweislos geblieben. Auf bloße Behauptungen hin kann das Haus keine Erhebungen beschließen, das wäre ein Mißtrauen gegen die Beamten. Aber selbst die beweislosen Behauptungen würden, selbst wenn sie wahr wären, die Beanstandung nicht rechtfertigen.

Abg. Dr. Stephan (Ztr.) zieht den Antrag Mies in einzelnen Punkten zurück.

Damit schließt die Debatte.

Berichterstatter Abg. Graf Nostiz (kons.) bemerkt noch, daß die Gesetzlichkeit der Wahlbezirke eigentlich nicht bestritten sei; die Proteste behaupten nur, daß sich einzelne Bezirke so hätten eintheilen lassen, daß mehr Zentrums-Wahlmänner gewählt worden wären. (Große Heiterkeit.)

Das Haus beschließt unter Ablehnung des Zentrums-Antrages die Gültigkeit der Wahlen der Abgg. Dietz-Neuwied und Dünkelberg.

Debattelos werden, dem Antrage der Kommission entsprechend, die Wahlen der Abg. Frhr. v. Lyncker und Tamoschus (beide kons.) für gültig erklärt.

Die Kommission beantragt, die Wahlen der Abgg. Hilgendorff (kons.) und Beleiter (nl.) zu beanstanden und Erhebungen wegen Wahlkreiseintheilung und wegen behaupteter Wahlbeeinflussungen zu veranlassen.

Abg. Olzem (nl.) beantragt Erweiterung der Erhebungen über Wahlbeeinflussungen durch einen nicht wahlberechtigten Pfarrer in einem besonderen Falle.

Das Haus stimmt dem Antrage Olzem und den Kommissionsanträgen zu.

Es folgt die erste Berathung des Nachtrags-Etats, wodurch 300 000 Mark zur Vorbereitung der Eisenbahn-Verwaltungsreform gefordert werden.

Abg. Schmieding (natl.) bezweifelt, daß es richtig war, daß man die Betriebsämter zu Gunsten der Direktionen aufhob. Gegen Vereinfachung des Instanzenzuges sei nichts einzuwenden, aber vielleicht wäre es richtiger gewesen, die Direktionen zu Gunsten der Betriebsämter aufzuheben. Jedenfalls ist die Zahl der Direktionen zu gering veranschlagt.

Minister Thielen: Es lag der Regierung daran, dem Landtag zeitig Kenntniß zu geben von einer tief in die wirthschaftlichen und Verkehrsverhältnisse einschneidenden Reform. Die bisherige Verwaltungsform zeigte Mängel, die deutlicher hervortreten müssen nach der Durchführung der Verstaatlichung. Dem großen Organisator, meinem Herrn Amtsvorgängers, gelang es, den Uebergang der Privatbahnen in die Staatsverwaltung in einer Nacht zu bewirken, ohne daß eine Störung verspürt wurde. (Bravo!) Seit dieser Organisation von 1880 sind 14 Jahre ins Land gegangen und die Organisation ist mit allen ihren Konsequenzen durchgeführt. Das war nur möglich durch eine weitgehende Zentralisirung. Dabei ergab sich, daß in den größeren Bezirken besser gearbeitet wurde, als in den kleinen, es zeigt sich das auch bei anderen Verwaltungen; am besten wird immer da gearbeitet, wo mit vollem Dampf gearbeitet wird. Aus diesem Grunde soll eine Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt werden und wir waren nicht zweifelhaft, daß die Bezirksämter und nicht die Direktionen aufzuheben waren, wenn das Ziel der Reform, möglichste Vereinfachung der Verwaltung, erreicht werden sollte. Die persönliche Verantwortung der Beamten wird sich allerdings erhöhen; allein das ist nöthig im Verkehrsinteresse. Damit ist das Gerüst des Schiffes, das am 1. April von Stapel laufen soll, fertig gestellt; allein dies Schiff wird noch von manchem Ballast erleichtert werden müssen, und es haben hierüber auch bereits zwischen dem Herrn Finanzminister und mir Unterhandlungen stattgefunden, bei denen die Oberrechnungskammer uns in erfreulichster Weise entgegengekommen ist. Die Wichtigkeit der Unterstützung des Parlaments brauche ich nicht besonders zu betonen; sie ist den Herren besser bekannt als mir. Die Reorganisation wird zur Folge haben, daß etwa 1000 Beamte künftig nicht mehr verwendbar sind; die Verhältnisse dieser Beamten sollen durch besonderes Gesetz geregelt werden. Stimmen Sie dem Nachtragsetat zu und bekunden Sie dadurch, daß Sie die Ziele der Reform billigen. (Bravo!)

Abg. Brömel (frs. Vg.): Der Minister spendete zwar seinem Amtsvorgänger reichlich Lob, aber die Vorlage enthält eine scharfe Kritik der früheren Eisenbahn-Verwaltung. Die Vorlage ist ein erfreulicher Fortschritt. Geht der Minister so weiter, so hoffe ich noch den Tag zu erleben, wo er nicht blos mit der einseitig juristischen Ausbildung der höheren Beamten aufräumt, sondern auch noch eine Tarifreform anbahnt. (Sehr richtig!) Die Regelung der Verhältnisse der entbehrlich werdenden Beamten wird durch besonderes Gesetz nöthig sein.

Abg. Beumer (natl.) bedauert, daß man nicht zu einer völligen Gleichstellung der Baubeamten, der Maschinentechniker und der Juristen gekommen ist; so lange der Assessor im Eisenbahndienst dominirt, wird man Zufriedenheit unter den Beamten nicht erlangen.

Minister Thielen: Die Gleichstellung der Baubeamten und Maschinentechniker läßt sich nicht mechanisch erreichen. Die Assessoren machen jenen Beiden gar keine Konkurrenz. In Zukunft wird sich die Ergänzung des Bestandes höherer Beamten langsamer vollziehen als bisher.

Abg. Schmitz-Erkelentz (Ztr.) ist sympathisch berührt von der trefflich begründeten Vorlage.

Abg. Fuchs (Ztr.): Es ist eine so bedeutende, auf Vereinfachung des Verwaltungsapparats gerichtete Reform immer ein ehrendes Zeugniß für denjenigen, der sie unternimmt. Redner bittet den Minister, bei der nöthig werdenden Versetzung von Beamten die Interessen einzelner Orte und Beamten möglichst zu berücksichtigen.

Minister Thielen: Die Interessen von Ortschaften und Beamten sollen möglichst schonend behandelt werden. Die Beamten sind befragt worden, ob sie eine Versetzung wünschen, ihre Wünsche sollen berücksichtigt werden, soweit dienstliche Rücksichten dies gestatten.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) bittet den Minister, zu erwägen, ob die Vorbildung der oberen Beamten nicht früher beginnen könne als jetzt. Techniker, Bauleute und Juristen könnten vielleicht schon vor dem großen Staatsexamen im Eisenbahndienste beschäftigt werden. Eine Kommissionsberathung ist nicht nöthig, sie würde nur die Folge haben, daß in der Kommission Lokalinteressen erörtert werden. (Sehr richtig!)

Minister Dr. Miquel: Die Reform wird in Zukunft eine größere ökonomische Einrichtung der Verwaltung ermöglichen als bisher. Das geforderte Pauschquantum ist gefordert, um ein Vertrauensvotum für den Eisenbahnminister herbeizuführen. Die Budgetkommission würde kaum eine Prüfung ermöglichen können. Die Summe ist ja auch nicht erheblich. Beschleunigung der Berathung ist dagegen erforderlich, um den Etat noch in den Hauptetat hineinzuarbeiten.

Abg. Wallbrecht (natl.) hat Wünsche in Bezug auf die bessere Vorbildung und Examinirung der Beamten. Auch die Oberbeamten sollten von der Pike auf dienen.

Abg. von Unruh-Bromberg (frk.) namens seiner Fraktion und ebenso

Abg. von Pappenheim (kons.) erklären die Kommissionsberathung für überflüssig und wollen der Vorlage zustimmen.

Die von dem Abg. Brömel beantragte Kommissionsberathung wird abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Elb-Trave-Kanal und Eisenbahn-Etat.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. April. Nach Meldungen der Wiener Blätter wird Kaiser Wilhelm, welcher am 13. April Vormittags in Wien eintrifft, in der Hofburg Wohnung nehmen und am Nachmittage in der spanischen Hofreitschule der Probe einer von 28 Herren und Damen gerittenen Quadrille beiwohnen. Am 14. Nachmittags wird ein Galadiner von 85 Gedecken zu Ehren Kaiser Wilhelms bei Kaiser Franz Josef stattfinden, worauf dann die Abreise des Kaisers erfolgt. Kaiser Franz Josef wird erst nach der Abreise Kaiser Wilhelms nach Schönbrunn übersiedeln.

— Zu Ehren des Reichskanzlers Grafen von Caprivi fand gestern Abend bei dem großbritannischen Botschafter Sir Ed. Malet ein größeres Diner statt, zu welchem sämmtliche aktive Staatsminister, mit Ausnahme des auf Urlaub befindlichen Kriegsministers, mit ihren Damen, der Staatssekretär Frhr. Marschall von Bieberstein mit Gemahlin, der Staatssekretär des Reichs-Postamts Dr. von Stephan, der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf von Posadowsky-Wehner, der Admiral Freiherr von der Goltz, der hessische Gesandte Dr. Neidhardt, der mecklenburgische Gesandte von Oertzen, der braunschweigische Gesandte Freiherr von Cramm-Burgsdorff, Dr. von Rottenburg, Wirkl. Geh. Legationsrath Reichardt und Direktor Dr. Kayser vom Auswärtigen Amt, u. A. geladen waren.

— Die Fürstin Bismarck vollendet am 11. d. M. ihr 70. Lebensjahr.

— Der Vorstand der deutschen Friedensgesellschaft hat folgenden Aufruf erlassen:

„Die deutsche Friedensgesellschaft ist im Herbste vorigen Jahres mit einem Aufrufe an die Oeffentlichkeit getreten, welcher es als die Aufgabe der europäischen Kulturstaaten bezeichnet, durch engere Fühlung derselben unter einander dem Frieden eine festere und dauerndere Grundlage zu schaffen als bisher. — Dieser Aufruf ist auf fruchtbaren Boden gefallen; zu unserer großen Genugthuung haben sich in allen Theilen Deutschlands zahlreiche Anhänger gefunden, Mitglieder aller politischen Parteien in unsere Listen sich eingetragen. Besonders freudig aber begrüßen wir die Kundgebungen, welche jüngsthin von maßgebender Stelle erfolgt sind, und aus denen hervorgeht, daß auch die deutsche Regierung darauf bedacht ist, eine friedliche Annäherung der Völker in die Wege zu leiten. Der Reichskanzler Graf Caprivi hat jüngst seine Meinung dahin zusammengefaßt: „Wir Deutsche wollen den Ruhm haben, die Kultur Europas zu fördern, das friedliche Zusammenleben der Völker zu erleichtern, die europäischen Staaten zusammenzuschließen . . . ." Das ist das Ziel, welchem auch wir nachstreben, und wir haben in dem früheren Aufrufe mit klaren Worten ausgesprochen, daß wir in Bezug auf jenes Ziel mit den Friedensgesellschaften der anderen europäischen Staaten durchweg übereinstimmen. Die Verwirklichung dieses Zieles ist in der That, wie es der leitende Staatsmann des deutschen Reiches gesagt hat, gleichbedeutend mit einer ungeahnten Förderung der Kultur, mit einer Befreiung Europas von den übermäßig drückenden Lasten des jetzigen Zustandes und ist zugleich das beste Mittel zur wirksamen Bekämpfung der sozialen Gefahren, welche heute unserer Staats- und Gesellschaftsordnung drohen. Wir richten daher, angesichts der vorstehend erwähnten Thatsachen, deren Tragweite Niemand wird unterschätzen wollen, von Neuem an alle wahren Vaterlandsfreunde die dringende Einladung, sich unseren Bestrebungen anzuschließen, damit, wenn einst von den Regierungen selbst das Losungswort zur Anbahnung eines wahrhaft völkerrechtlichen Verhältnisses zwischen den Kulturstaaten des Welttheils ergeht, allenthalben eine starke öffentliche Meinung den herrschenden Mächten zur Seite stehe."

** Die Ausführungsverordnung für die Veranlagung des Ergänzungssteuergesetzes ist in zwei Abtheilungen nunmehr fertig gestellt und zum Abdruck gelangt, so daß die Provinzial- und Lokalverwaltungen genügende Zeit haben, um sich auf die Veranlagung dieser Steuer vorzubereiten, welche zum ersten Male in Deutschland bezw. abgesehen von einigen Schweizer Kantonen zum ersten Male überhaupt, die Aufgabe lösen will, das gesammte über 6000 Mark betragende National-Vermögen festzustellen. Mit der Durchführung dieser Steuer wird die staatliche Reform des Steuerwesens in Preußen am 1. April 1895 zum Abschluß gelangt sein.

Schwieriger wird die Umgestaltung des Kommunalsteuerwesens auf Grund der Ueberweisungen der Realsteuern an die Gemeinden und der in Gemäßheit des Kommunalsteuergesetzes hierdurch bedingten Umgestaltung des bisherigen buntscheckig und prinzipienlos gestalteten Kommunalsteuerwesens sein. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, wie nothwendig es ist, daß die Kommunen sich zeitig hiermit beschäftigen und so früh wie möglich zu festen Beschlüssen kommen, damit namentlich die Aufsichtsinstanzen in der Lage sind, die aufzustellenden Steuer-Regulative so frühzeitig zu genehmigen, daß die Kommunen nicht in Verlegenheit gerathen und die neuen Gemeindesteuern schon zum 1. April 1895 in Hebung zu setzen im Stande sind. Wir erfahren, daß die Ausführungsverordnung für das Kommunalsteuergesetz in kurzer Zeit gleichfalls erscheinen wird. Es werden aber die Gemeinden mit ihren Vorbereitungen hierauf nicht zu warten brauchen, wie denn auch, wie uns mitgetheilt wird, erfreulicher Weise einzelne größere Provinzialstädte mit diesen Fragen sehr eifrig sich beschäftigen.

Die Reform der direkten Steuern und des Kommunalsteuerwesens in Preußen giebt schon jetzt vielfach den Anstoß zu ähnlichem Vorgehen in anderen Staaten. Anscheinend wird auch in Oesterreich in dem dortigen Finanzausschuß erwogen, ob die vom Finanzminister Steinbach vorgelegte Steuerreform nicht auf einer der preußischen ähnlichen Grundlage umzuarbeiten sei. Selbst in Frankreich wird die Bedeutung dieser Reform anerkannt, indem neuerdings in den Motiven zu dem von dem früheren Minister Cavaignac und Genossen in der Deputirtenkammer vorgelegten Gesetzentwurf betr. Abänderung der Vertheilung der Personal- und Mobiliarsteuer sowie der Steuer auf unbebaute Grundstücke ausdrücklich hervorgehoben wird, daß „die preußische Steuerreorganisation einen neuen Beweis des Thätigkeitsdranges, der Folgerichtigkeit, der Lebenskraft und der Reformfähigkeit des Regierungsorganismus in Preußen erbringt". Die Resultate der preußischen Steuerreform seien derart günstige gewesen, „daß Preußen, indem es zwei Jahre später, d. h. vor wenigen Monaten, die Einkommensteuer durch eine neue 1/2 per Mille betragende Kapitalsteuer vervollständigte, sein ganzes System direkter Staatssteuern reformiren, aus den Staatseinkünften die letzten Reste der Realsteuern ausmerzen und die dort so nöthige Reorganisation der Gemeindefinanzen durchführen konnte".

— In der „Nordd. Allg. Ztg." wird für die Landwirthschaftskammern von dem schon früher betonten Gesichtspunkte aus plaidirt, daß diese Kammern „öffentlich-rechtliche" Funktionen bei der in Aussicht genommenen „Agrarreform" sollen zu erfüllen haben. Hierüber wird u. A. bemerkt:

„Die ländlichen Verschuldungsverhältnisse haben sich in Preußen wesentlich verschieden entwickelt in den Landestheilen mit freier Theilbarkeit des Besitzes und da, wo Zustände wie in den östlichen Provinzen obwalten. Völlig anders liegen die Dinge wieder in Hannover und Westfalen. Nach einer uns zugänglichen vergleichenden Uebersicht des bei der Einkommensteuerveranlagung für 1893—94 auf Steuerpflichtige mit Einkommen von mehr 3000 Mark veranlagten Einkommens aus Grundvermögen und der vom Einkommen in Abzug gebrachten Schuldenzinsen geht hervor, daß beispielsweise in den Regierungsbezirken Köln, Trier und Aachen für das Land die abgerechneten Schuldenzinsen 19, 16 und 14 Prozent des geschätzten Einkommens aus Grundvermögen betragen. Nicht wesentlich höher (14 bis 20 Prozent im Durchschnitt) stellen sich jene in Hannover, wo meist geschlossener Besitz vorhanden ist, das Anerbenrecht gilt und in der Regel nur eine geringe Abfindung der Miterben stattfindet. Dem gegenüber erscheint der Osten in einem sehr ungünstigen Lichte, und zwar wesentlich um deswillen, weil hier eine gleiche Bedenkung aller Erben stattfinden muß, so daß viele Besitzer ihren Grund und Boden von vornherein mit einer beträchtlichen Schuldenlast übernehmen. Im Regierungsbezirk Marienwerder betrugen nach der angezogenen Statistik die abgerechneten Schuldenzinsen für das Land 58 Prozent des geschätzten Einkommens aus Grundvermögen, im Kösliner 65 Prozent, in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg je 60 Prozent. Bei der Weiterbildung des Agrarrechts müssen die bestehenden rechtlichen Verschiedenheiten der Verhältnisse sorgfältig berücksichtigt werden. Gleiche bindende rechtliche Regeln für die ganze Monarchie dürften kaum aufzustellen sein, auch ein System von Dispensationen und der Zulassung von Ausnahmen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse gar nicht zu entbehren sein. Hierzu möchte es aber, und zwar in allen Landestheilen solcher Organe bedürfen, welche, aus den Standesgenossen gebildet, die nöthigen Garantien objektiver Entscheidungen bieten."

Ob die Landwirthschaftskammern in der beabsichtigten Zusammensetzung diese Garantien darbieten würden, das ist eine wohl aufzuwerfende Frage. Was aber die oben mitgetheilten Zahlen betrifft, so spricht das günstige Verschuldungsverhältniß am Rhein, wo ebenso wie im Osten die „gleiche Bedenkung aller Erben" stattfindet, dafür, daß die schlimmeren Verschuldungsverhältnisse des Ostens nicht auf dieses Erbrecht, sondern auf andere Gründe zurückzuführen sind.

Danzig, 5. April. Die Stadtverordneten bewilligten heute die Einstellung von 250 000 Mark als erste Rate für einen Markthallenbau nach Berliner Muster in den diesjährigen Etat. Die Markthalle wird auf dem Magdeburgerplatz errichtet.

Breslau, 5. April. Die Generalversammlung des Verbandes sämmtlicher evangelischen Kirchengemeinden Breslaus beschloß, die Gehälter der Geistlichen, Rendanten und Kirchendiener nach dem System der Altersstufen zu regeln.

Kiel, 5. April. Das Panzerschiff „König Wilhelm", das zur Vornahme von Schießübungen die Appenrader Föhrde besuchte, gerieth auf Grund. Dasselbe wurde aber, nachdem es kurze Zeit festgesessen, wieder flott.

Bayreuth, 5. April. Heute begann vor dem Landgericht in Hof die Verhandlung gegen sechs der freisinnigen Partei angehörige wegen „Aufruhrs" Angeklagte, welche bei der letzten Reichstagswahl von einem Schutzmann in Wunsiedel mißhandelt wurden und sich das nicht ruhig gefallen lassen hatten. Es waren dazu 37 Zeugen geladen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. April. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung begann die Generaldebatte über das Budget. Vorgemerkt sind 12 Redner für und 12 Redner gegen. Heute sprachen 7 Redner, darunter der Jungczeche Patschak, welcher, von den Kossuthdemonstrationen ausgehend, sich gegen das politische und insbesondere das wirthschaftliche Uebergewicht Ungarns wendete und die Aeußerung des Ministerpräsidenten, er kenne keine böhmische Frage, bekämpfte. Der Konservative Kaltenegger führte aus, die bedrängte wirthschaftliche Lage treibe den Bauernstand schließlich in die Arme der sozialistischen Partei. Suklje erklärte, die slovenischen Mitglieder des Hohenwartklubs seien bereit, das Koalitionssystem loyal zu unterstützen, wenn es ihnen ermöglicht wäre, die Interessen ihres Volkes entsprechend zu wahren. Die Slovenen seien aus allgemeinen politischen Gründen gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im gegenwärtigen Zeitpunkte, der nationale Streit werde der sozialen Bewegung weichen.

Wien, 5. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien wurde heute Mittag in der Hofburg in einer längeren Sonderaudienz vom Kaiser empfangen. Der Fürst trug große bulgarische Gala mit allen Orden.

Pest, 5. April. Im Lager der äußersten Linken ist ein merkwürdiger Umschwung eingetreten. Die Parteiorgane desavouiren Otto Hermanns am Sarge Kossuths gehaltene unversöhnliche Rede und verlangen die Vermeidung aller Dinge, welche die Krone verletzen können. Keine Gegensätze zwischen dem König und der Nation dürfen mehr heraufbeschworen werden. Die Regierung und das Parlament mögen loyale Manifestationen veranstalten, damit der Herrscher, der großmüthig soviel vergessen hat, keinen neuen Anlaß zur Verstimmung erhalte. Auch die Regierung dürfe jetzt nicht gestürzt werden. Die Lage ist hierdurch bedeutend gebessert.

Abbazia, 5. April. Der Kaiser begiebt sich heute nach der Abendtafel in Begleitung des Gesandten Grafen Eulenburg, des Generalmajors von Plessen, des Kontre-Admirals Freiherrn v. Senden-Bibran und des Leibarztes Generalarzt Dr. Leuthold an Bord der „Christabel", um morgen früh einen Ausflug zu unternehmen.

Belgien.

Brüssel, 5. April. Der „Patriote" will wissen, daß die Eingangszölle auf Hafer und Gerste auf 3 Franks für 100 Kilogramm erhöht werden sollen.

Frankreich.

Paris ist ob des neuen Bomben-Attentats im Café Foyot in größter Aufregung. Die Voruntersuchung wegen des gestrigen Bomben-Attentats hat bisher noch keine Resultate von einiger Wichtigkeit ergeben. Die Explosion wurde, das weiß man jetzt, durch Chloratpulverzünder hervorgebracht. Der Explosivstoff war eine dem Roburit ähnliche Mischung von Binitrolbenzin und Binitrolammoniak, die von einem belgischen Ingenieur unter dem Namen Explosiv-Favié verbreitet worden ist. Die Explosivkraft dieser Mischung ist bedeutend stärker als diejenige von Dynamit, wodurch die großen Zerstörungen an dem Gebäude erklärt werden. Der Zustand der zwei schwerer Verletzten ist sehr befriedigend. Dieselben erhielten heute den Besuch des Ministers des Innern Raynal und des Polizeipräfekten Lepine.

Italien.

Rom 5. April. Im Anschluß an den beendigten medizinischen Kongreß fand heute Nachmittag ein Blumenkorso und Abends eine glänzende Illumination statt, an denen beiden sich das Publikum lebhaft betheiligte.

Der König wird in der Begleitung des Handelsministers Boselli und des Militärstaats um 1 Uhr Nachts nach Venedig abreisen, wo die Ankunft morgen früh gegen 6 Uhr erfolgt.

Der deutsche Botschafter von Bülow reist heute Abend nach Venedig.

Spanien und Portugal.

Madrid, 5. April. In der vergangenen Nacht wurde hier auf der Promenade Santa Maria Cabezo an einer einsamen Stelle eine sieben Kilogramm wiegende Bombe ohne Zündschnur aufgefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Großbritannien und Irland.

London, 5. April. Unterhaus. Präsident des Handelsamts Mundella erklärte im Verlaufe der heutigen Sitzung, die Regierung habe nicht die Absicht, die Handelspolitik des Landes zu ändern.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 5. April. Königin Sophie wird wahrscheinlich um die Mitte April nach Honnef unweit Bonn abreisen, um dort ungefähr sechs Wochen zu verbringen. König Oskar II. dürfte später der Königin einen kurzen Besuch in Honnef abstatten, sich sodann für ungefähr zwei Wochen an die Riviera und hierauf nach Ems begeben, um daselbst eine Kur durchzumachen.

Serbien.

Belgrad, 5. April. Der Minister des Auswärtigen Lozanitsch empfing heute das diplomatische Korps.

Afrika.

Ueber den bereits gemeldeten Einfall des Häuptlings Bana Heri in das deutsche Gebiet von Ostafrika sind an amtlicher Stelle auch bis heute noch keine ausführlicheren Nachrichten eingelaufen. Das auf den Vorgang bezügliche Telegramm des Gouverneurs von Scheele theilte lediglich mit, es sei ein kleiner „Putsch" von dem genannten Häuptling versucht, derselbe aber beinahe ebenso schnell unterdrückt worden. Privatnachrichten lauten dahin, daß Bana Heri sich wieder einmal „mausig" habe machen wollen. Es scheint also nicht, daß es sich um Ernstlicheres gehandelt habe.

Amerika.

Washington, 5. April. Repräsentantenhaus. Bei der gestern wiederholten Abstimmung über die Silberprägungsvorlage erlangten die Anhänger der Vorlage nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, um das Veto des Präsidenten unwirksam zu machen.

Städtisches.

Stettin, 6. April.

Daß der in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung eingebrachte Antrag der Finanz-Kommission auf Auflösung zweier städtischer höherer Lehranstalten auch außerhalb der Versammlung das größte Interesse gefunden hatte, bewies der zahlreiche Besuch der Tribünen. Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Antrag mit erdrückender Majorität abgelehnt wurde, wir glauben aber, daß es unsere Leser interessiren wird, auch über die Debatte Näheres zu erfahren. Namens der Finanz-Kommission referirte Herr Tietz über den Antrag und vertheidigt ihn nach Kräften, indem er betont, daß zu demselben nur finanzielle Erwägungen Veranlassung gegeben hätten. Der ungünstige Stand der städtischen Finanzen lasse es im hohen Grade bedenklich erscheinen, daß für die drei städtischen höheren Lehranstalten allein ein jährlicher Zuschuß von 172 857 Mark geleistet werde, wie dies gegenwärtig der Fall sei. Referent versucht, durch eine vergleichende Aufstellung seit dem Jahre 1869 nachzuweisen, daß die Finanzlage der Stadt sich immer ungünstiger gestellt habe und die Schulen immer höheren Zuschuß erforderten, letzterer betrage bereits 40 1/2 Prozent der Gesammteinnahme und davon kämen auf die drei höheren Lehranstalten mit ihren 1120 Schülern 6 2/10 Prozent. Für Anlagen und Spielplätze würden dagegen nur 3 Prozent verausgabt, dies sei ein Mißverhältniß, dem abgeholfen werden müsse, und dies geschehe am besten durch Annahme des vorliegenden Antrages, für welchen auch der Umstand spreche, daß ein Bedürfniß für die Fortführung von drei höheren städtischen Lehranstalten nicht vorliege.

Herr Prof. Dr. Rühl ist der Ansicht, daß es ganz falsch sei, die vorliegende Angelegenheit allein vom rechnerischen Standpunkte aus zu betrachten, wie dies seitens der Finanz-Kommission geschehe, und daß der Geldpunkt allein maßgebend sei; man muß bei Beurtheilung der Frage vielmehr von dem Gesichtspunkt ausgehen, ob in einer Stadt wie Stettin das Bedürfniß nach Bildung vorhanden sei, und dann wird man zu dem Schlusse kommen, daß man den Bürgern Gelegenheit geben müsse, ihren Kindern höhere Bildung angedeihen lassen zu können. Durch solche Bildung werde für die Kinder eine Grundlage für das spätere Leben geschaffen, und diese komme dann auch der Gesammtheit zu Gute. Stettin habe keine Ueberproduktion an höheren Schulen und bei jeder Aufnahme neuer Schüler zeige sich, daß sogar ein Bedürfniß dafür vorhanden. Auch vom rechnerischen Standpunkt der Finanz-Kommission aus lasse sich der Antrag nicht unterstützen, es würden gegenwärtig für jeden Schüler der höheren Anstalten 107 Mark, für jeden Volksschüler 61 Mark bezahlt, also für ersteren noch nicht das Doppelte. Nun müsse man berücksichtigen, daß in den Volksschulen kein Schulgeld entrichtet werde, die Eltern der in dieselben gehenden Schüler auch keine oder doch nur sehr geringe Steuern zahlten, während die Eltern der die höheren Lehranstalten besuchenden Kinder die Hauptsteuerzahler seien. Man müsse aber auch die Wirkung nach außen bedenken, wie groß würde die Entrüstung des Publikums sein, wollte man ohne stichhaltigen Grund zwei Lehranstalten auflösen, während es seit Jahrhunderten Ehrenpflicht der Kommunen gewesen sei, ihre höheren Lehranstalten zu erhalten. Man behaupte, nach der Auflösung der Schulen müsse der Staat eintreten, der würde sich aber davor hüten, sondern er würde nur auf die von ihm in der Provinz unterhaltenen höheren Lehranstalten hinweisen, welche leer stehen und wohin die Stettiner Bürger ihre Kinder dann schicken könnten. Redner bittet dringend, den Antrag der Finanz-Kommission abzulehnen.

Herr Meyer vertritt den Standpunkt der Finanz-Kommission. Er habe seit Jahren bei den Etatsberathungen dagegen das Wort ergriffen, daß für die Kinder der reichsten Eltern 2 bis 3 Mark mehr Zuschuß gezahlt werde als für alle anderen Schulkategorien, deshalb habe er stets in der Finanz-Kommission den Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten gestellt, aber stets erfolglos. Nach dem Bericht des Magistrats über die Schulverwaltung im letzten Dezennium habe der Stadt in den Jahren von 1879—1889 das Schulwesen 9 440 000 Mark gekostet, davon hätten die drei Gymnasien resp. Stadtschulen 304 000 Mark allein in Anspruch genommen, der Zuschuß habe 1 349 000 Mark betragen. Man müsse dann aber berücksichtigen, daß die höheren Schulen durchschnittlich auch von 310—315 Kindern von auswärts besucht und für diese 35—40 000 Mark Zuschuß gezahlt werden, der größte Theil dieser auswärtigen Schüler rekrutire sich aber aus den umliegenden Ortschaften wie Grabow, Bredow, Züllchow, Pommerensdorf, Podejuch, Finkenwalde u. s. w. In dem Schulverwaltungsbericht sei es auffällig, daß in den Jahren 1879 und 1880 der Zuschuß in den höheren Lehranstalten nur 38—39 Mark pro Kopf betragen hat, dann aber bei dem Stadtgymnasium von 38,9 Mark auf 86, bei der Friedrich-Wilhelmsschule von 38 auf 116 Mark gestiegen sei. Diese Zunahme sei nicht recht erklärlich, in derselben Zeit habe

der Zuschuß pro Kopf betragen bei der höheren Töchterschule 30 Mark, bei den Mittelschulen 28 Mark, bei den damals noch bestehenden Bürgerschulen 30 Mark und den Volksschulen 42 Mark, in den letzten 5 Jahren betrugen diese Zuschüsse für die höheren Lehranstalten 110—120 Mark, der höheren Töchterschule 35 Mark, den Mittelschulen 30 Mark und den Volksschulen 54 Mark, dies sei eine ungerechte Belastung zu Gunsten der Kinder der wohlhabendsten Eltern. Würde das Schulgeld um 60 Mark erhöht, so wäre dies vielleicht ein Ausgleich, es würde aber zur Entvölkerung der höheren Schulen führen. Der Antrag der Finanz-Kommission sei aus finanziellen Gründen durchaus gerechtfertigt gegenüber den bedeutenden Ausgaben, welche der Stadt bevorstehen. Es blieben immer noch drei königliche Gymnasien, und außerdem könne sich eine Stadt wie Stettin wohl noch den Luxus eines Realgymnasiums gestatten. Im Uebrigen seien die Mittelschulen jetzt zu 9stufigen Schulen umgeändert und erhielten dadurch dort die Kinder des Mittelstandes eine durchaus genügende Ausbildung. Der vorliegende Antrag sei frei von jedem persönlichen Beigeschmack, denn die Lehrer würden davon nicht betroffen, da dieselben lebenslänglich angestellt seien.

Herr Cohn weist ausdrücklich darauf hin, daß in den letzten 10 Jahren der Zuschuß zu den höheren Lehranstalten stets derselbe geblieben sei. Wenn ein Unparteiischer den Antrag der Finanz-Kommission höre, so müsse derselbe unwillkürlich sagen: „Es sollen zwei Lehranstalten aufgelöst werden, was hat das für einen Grund? Sind keine Schüler vorhanden?“ Und mit Kopfschütteln muß derselbe hören, daß schon im Jahr 1556 das Bedürfniß für drei Gymnasien vorhanden war, daß die Anstalten stets verhältnißmäßig gut besucht sind und wenn ein Antrag auf Auflösung auch nur einer Klasse eingebracht ist, so erwies sich dies in Folge des Andrangs der Schüler für unmöglich. Wie man bei solchen Umständen behaupten kann, es liege kein Bedürfniß vor, das sei unverständlich. Welche Anstalten wolle man dann nun aber auflösen? Das Stadtgymnasium sei s. Z. mit großen Opfern begründet und zwar nicht aus Uebermuth, sondern weil ein Bedürfniß dazu vorlag, solle man dasselbe jetzt auflösen, obwohl die Schülerzahl groß sei? Die Friedrich-Wilhelmsschule sei noch mit schwereren Opfern in schwerer Zeit begründet, aus der Anstalt gingen die bedeutendsten Mitbürger hervor und durch Schüler der Anstalt ist der Ruf Stettins nach außerhalb getragen. Und die Schiller-Realschule? Auch bei dieser sei die Bedürfnißfrage nachgewiesen, außerdem habe dieselbe dazu beigetragen, die Friedrich-Wilhelmsschule zu entlasten. Der Zuschuß für den Schüler betrage hier auch 60 Mark, also noch nicht so viel als in den Gemeindeschulen, wie wolle man dabei aus finanziellen Gründen die Auflösung verantworten? Nach außen hin würde es jedenfalls kein Verständniß finden, wie man zwei Schulen auflösen wolle, für welche das Bedürfniß anerkannt sei. Was würde aber die Folge der Auflösung sein? Es würde ein Nothstand eintreten, denn die königlichen Gymnasien könnten auch nicht mehr viel Schüler aufnehmen, die Eltern, welche ihren Kindern höhere Bildung geben wollten, müßten dieselben nach den kleinen Orten der Provinz schicken, wo sich Gymnasien befinden, dadurch würde aber das Ansehen Stettins nach außen hin sicher nicht wachsen. Die Annahme des Antrages der Finanz-Kommission wäre ein sehr gefährlicher Schritt für die Zukunft Stettins und für die Steuerkraft der Stadt.

Herr Dr. Amelung glaubt, daß die Gegner des Antrages den Hauptpunkt unberührt gelassen haben, er wolle sich nicht auf die sentimentale Seite neigen, sondern eine rein sachliche Prüfung vornehmen. Die Gemeinden hätten die Verpflichtung, Volksschulen zu unterhalten, die Unterhaltung der höheren Lehranstalten sei allein Pflicht des Staates. Wenn die hiesige Kommune bisher über die Grenzen ihrer gesetzlichen Verpflichtung hinausgegangen sei, so sei dies nur geschehen, weil der Staat seine Pflicht, für Gymnasien zu sorgen, nicht erfüllt habe. Daraus aber, daß die Stadt Stettin die Anstalten begründet und Jahre lang erhalten habe, folge doch keine — selbst nicht moralische — Verpflichtung, dieselben auch weiter zu erhalten. Wenn Herr Prof. Rühl gesagt habe, der Staat werde nicht daran denken, hier höhere Lehranstalten zu errichten, so liege darin eigentlich eine Beleidigung derjenigen Personen, welche den Staat vertreten. Auch in anderer Weise habe der Staat seine Pflichten nicht erfüllt, z. B. in Betreff der Juristen, solle nun aber, deshalb weil Richter fehlen, die städtische Kommune solche anstellen? Die Gemeinden haben nichts weiter zu thun, als das, wozu sie gesetzlich verpflichtet seien, und von diesem Standpunkt aus müsse die vorliegende Sache berücksichtigt werden. Redner bestreitet das Vorhandensein eines Bedürfnisses, stelle sich ein solches aber wirklich heraus, so müßten die Eltern der Kinder, welche das Bedürfniß nach höherer Bildung fühlen, mit allen Mitteln auf den Staat dringen, daß er seine Pflicht erfülle und weitere höhere Schulen einrichte. Man sage auch, wegen der Erlangung der Berechtigung zum einjährigen Dienst müssen die höheren Schulen erhalten bleiben, aber diese Berechtigung lasse sich auch auf andere Weise erreichen, durch ein besonderes Examen. Alles dies seien untergeordnete Rücksichten, welche bei der wichtigen Frage garnicht ins Spiel kämen. Wenn der Finanz-Kommission der Vorwurf gemacht werde, daß sie die Sache nur vom finanziellen Standpunkt betrachte, so sei dies eigentlich kein Vorwurf, denn die Finanz-Kommission sei doch dazu da, die Interessen der Finanzen wahrzunehmen, sie habe die gegenwärtige finanzielle Lage geprüft und sei zu dem Resultat gekommen, daß dieselbe nicht gestatte, Luxusausgaben zu machen, d. h. solche, zu denen sie nicht verpflichtet sei, deshalb seien alle Punkte im Etat herausgesucht, wo gespart und die Ausgaben reduzirt werden können. Richtig sei, daß die Lehrer auf Lebenszeit angestellt seien und daß die Ausgaben für dieselben bestehen bleiben bis sie sterben, dies würde wohl aber nur für die älteren zutreffen, denn den jüngeren würde die ständige Unthätigkeit wohl kein Vergnügen machen. Jedenfalls würden noch 10 Jahre nur die Lehrergehälter zu zahlen sein, die Gebäude der aufgelösten Schulen würden zur Verfügung stehen und könnten darin andere Schulen aufgenommen werden und der Zuschuß fiele mit dem allmäligen Verschwinden der Lehrer gänzlich fort.

Herr Hardtmann vertritt die Ansicht, daß die Kommune über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus auch moralische Verpflichtungen hätte, er würde andererseits gern für eine Erhöhung des Schulgeldes stimmen, soweit damit nicht die Existenz der Schulen in Frage gestellt werde, dagegen spreche er sich für jede Erhöhung des Schulgeldes in den Mittelschulen aus.

Herr Manasse könnte den Standpunkt der Mehrheit der Finanzkommission verstehen, wenn es sich um Begründung einer neuen Schule handelte. Man spreche immer von der finanziellen Lage, aber so traurig sei dieselbe doch nicht, um die Annahme des vorliegenden Antrages zu rechtfertigen. Redner bittet, den Antrag mit großer Majorität abzulehnen, damit derselbe so bald nicht wieder kehre.

Herr Dr. Kolisch erkennt an, daß der Staat die Pflicht habe, für höhere Schulen zu sorgen, aber für Stettin nicht, da in der Provinz Pommern bereits genug königliche Gymnasien beständen. Vom Staate würden bereits ca. 400 städtische höhere Lehranstalten unterhalten, sollte derselbe seiner Pflicht noch in größerem Maße nachkommen, so würde er noch weniger für die Justiz thun können. Der Vorredner habe erwähnt, daß das einjährige Examen auch nach Vorbildung in einer sogenannten „Presse“ gemacht werden könne, dies sei richtig, aber das muß man kennen, es sei ein kümmerliches Verfahren, zum Examen einzupauken, in vier Wochen sei alles wieder vergessen und Bildung gewinne sicher Niemand dadurch. Der Geldpunkt sei für die Finanz-Kommission die Hauptsache, aber sie solle doch berücksichtigen, daß z. B. das Schillergymnasium ganz gut besucht und der Zuschuß sei in Folge dessen auch nicht so groß, wären die anderen Anstalten ebenso stark besucht, so würde sich das gleiche Verhältniß ergeben. Das Stadt-Gymnasium habe weniger Schüler, weil es kein seinen Zwecken entsprechendes Schulgebäude hat. Wenn man sich bei den letzten Neubauten und dem Bau von höheren Lehranstalten in den nöthigen Grenzen gehalten hätte, so könnten davon eine Menge anderer Ausgaben bestritten werden. Redner beleuchtet im Weiteren, welchen Schaden Stettin habe, wenn die Eltern gezwungen seien, ihre Kinder nach außerhalb in die Schulen zu schicken, oder wenn Auswärtige durch den Mangel höherer Schulen vom Zuzug nach hier abgehalten werden.

Obwohl sich noch mehrere Redner gemeldet hatten, wurde ein Schlußantrag angenommen und erfolgte die Abstimmung, welche das bekannte für den Antrag der Finanz-Kommission so ungünstige Resultat ergab.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 6. April. Heute Vormittag fand unter zahlreicher Betheiligung der Behörden die feierliche Einweihung der Auguste-Viktoria-Schule statt. Als Vertreter der Regierung waren u. A. erschienen die Herren Oberpräsident von Puttkamer, Regierungspräsident v. Sommerfeld, Konsistorialpräsident Dr. Richter. Die Mitglieder des Magistratskollegiums waren, mit Herrn Oberbürgermeister Haken an der Spitze, fast vollzählig erschienen, ebenso die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung. Eingeleitet wurde die Feier durch das Lied „Hallelujah, Lob, Preis und Ehr' sei unserm Gott“, worauf eine längere Ansprache des Herrn Stadtschulrath Dr. Krosta folgte. Sodann sangen die Schülerinnen unter Leitung des Herrn Lehrers Hart den „Chor der Jungfrauen“ aus Mehuls „Joseph in Egypten“ und ergriff hierauf Herr Oberbürgermeister Haken das Wort, um auf die 50jährige Jubelfeier der Schule mit wenigen Worten hinzuweisen und dem langjährigen verdienten Leiter der Anstalt, Herrn Rektor Haupt, den ihm von Se. Majestät dem Kaiser verliehenen Kronenorden 3. Klasse zu überreichen. Die Festrede des Direktors und der Vortrag des 121. Psalm für Solo und Chor von A. Brede beschlossen den feierlichen Akt, an den sich eine Besichtigung der Schulräume anschloß.

* Ein beklagenswerther Unglücksfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern Nachmittag auf dem Boden 5 des Zentral-Güterbahnhofs. Als Hausinventar wird dort ein großer zahmer Kater gehalten, den die Angestellten zu allerlei Kunststücken abgerichtet haben. Dies Thier hatte gestern ein Renkontre mit einem großen Hunde, das damit endete, daß die Katze auf einem hochgelegenen Balken Zuflucht suchte. Hier fing nun das Thier an jämmerlich zu schreien und geberdete sich, als ob es nicht wieder herunter könne, der Steueramts-Assistent Max Voß stieg deshalb auf einer in dem Raum befindlichen Leiter hinauf, um die Katze zu holen, als er aber nach derselben die Hand ausstreckte, wich das ängstlich gewordene Thier aus und kratzte den jungen Mann, wodurch dieser auf der hohen Leiter das Gleichgewicht verlor und hinabstürzte. Er erlitt hierbei einen Schädelbruch, welcher den Tod unmittelbar zur Folge hatte. Der Verstorbene war 27 Jahre alt, unverheirathet, und lebte hier bei seiner Mutter.

* Im ersten Quartal 1894 wurden hier 8265 amerikanische Schinken und Speckseiten amtlich untersucht und 11 davon als trichinös befunden.

* Heute Vormittag wurde die Feuerwehr nach dem Hause Paradeplatz 34—35 gerufen, woselbst jedoch nur ein Schornsteinbrand ausgebrochen war.

— Der deutsche Gastwirthstag wird in diesem Jahre vom 12. bis 14. Juni in Hannover stattfinden.

— Zur Mahnung und Warnung für Hutbesitzer und Wirthshausbesucher sei hier folgender Fall mitgetheilt: In Mainz setzte sich kürzlich in einer Restauration ein junger Mann aus Versehen auf einen neuen Hut, der auf einem Stuhle lag. Der Eigenthümer des durch dieses „Attentat“ völlig unbrauchbar gewordenen Hutes klagte auf Schadenersatz, wurde aber vom Gericht abgewiesen und in die Kosten verurtheilt unter Hinweis darauf, daß ein Stuhl kein Aufbewahrungsort für Hüte sei; wer ihn als solchen benutze, müsse dies natürlich stets auf seine Gefahr thun.

— Vom 8. April d. J. ab verkehren bis auf Weiteres jeden Sonntag zwischen Stettin und Podejuch bezw. Finkenwalde folgende Personen-Sonderzüge: A. nach Podejuch. Abfahrt von Stettin 2 Uhr 15 Min. Nachm. Rückfahrt von Podejuch 7 Uhr Abends. B. nach Finkenwalde. Abfahrt von Stettin 1 Uhr 35 Min. Nachm. Rückfahrt von Finkenwalde 7 Uhr 54 Min. Abends. Zu diesen Zügen werden Sonntags-Sonder-Rückfahrkarten zum Preise von 50 Pf. in II. und 35 Pf. in III. Wagenklasse ausgegeben. Kinder werden befördert im Alter unter 4 Jahren frei, im Alter von 4 bis 10 Jahren auf Kinderfahrkarten. Zu dem in Stettin um 1 Uhr 55 Min. Nachm. nach Stargard abgehenden Personenzuge 29, dem um 2 Uhr 33 Min. Nachm. nach Breslau abgehenden Personenzuge 1001 und dem um 6 Uhr 1 Min. Nachm. von Breslau ankommenden Personenzuge 1006 haben die Sonntags-Sonder-Rückfahrkarten jedoch keine Gültigkeit. Reisegepäck wird nicht befördert.

Aus den Provinzen.

Stralsund, 4. April. Das Bürgerschaftliche Kollegium nahm in seiner gestrigen Sitzung den Vorschlag des Rathes betreffend die Gehaltsfeststellung der Mittelschullehrer an. Dasselbe beginnt jetzt mit 1800 Mark und steigt nach 24 Dienstjahren durch 6 von 4 zu 4 Jahren fälligen Alterszulagen von je 150 Mark auf 2700 Mark. Auf eine Petition der Mittelschullehrer geht nun der Vorschlag des Rathes dahin: Das Gehalt der Volksschullehrer sei voriges Jahr mit 1000 Mark Anfangsgehalt und nach 28 Dienstjahren durch 7 von 4 zu 4 Jahren zu gewährenden Alterszulagen von 200, 250, 250, 250, 150, 250, 150, 150, 150 Mark auf 2400 Mark Endgehalt festgesetzt. Es scheine dem Rathe hiernach das Anfangsgehalt der Mittelschullehrer hinreichend zu sein, während das Maximalgehalt einer Aufbesserung bedürfe. Dem Vorschlage der Stadtschulinspektion, das Maximalgehalt auf 3200 Mark durch 7 Alterszulagen nach 28 Dienstjahren zu erhöhen, könne der Rath nicht beitreten, er proponire vielmehr, das Anfangsgehalt mit 1800 Mark zu belassen und das Höchstgehalt durch 7 Alterszulagen von 150, 150, 200, 200, 200, 150, 150 Mark nach je 4 Dienstjahren auf 3000 Mark festzusetzen. Die hierdurch entstehende außeretatsmäßige Ausgabe im Gesammtbetrage von 600 Mark soll dem Dispositionsfonds entnommen werden.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Paris schreibt man: „Fürst Konstantin Wiasensky ist hier eingetroffen, nachdem er eine Reise von 43 000 Kilometer durch Asien beendigt hat. „43 000 Kilometer!“ wird mancher verwundert ausrufen. Für den russischen Fürsten, der ein wahrer Ahasver ist, ist das noch gar nichts. Er begann mit zweiundzwanzig Jahren zu reisen und hat bis jetzt gegen 380 000 Kilometer zurückgelegt, d. h. eine Distanz, die größer ist als die, welche den Mond von der Erde trennt. Auf seinen weiten Reisen hat er alle nur erdenklichen Beförderungsmittel benutzt; die Troika in Rußland, den Schlitten in Sibirien, die Sänfte in China, das Roß in Turkestan, Elephanten in Indien und Kameele in Afrika. Am liebsten reist er jedoch zu Pferde. Als er sich vor zehn Jahren verheirathete, machte er mit seiner jungen Frau eine Hochzeitsreise, und die Neuvermählten brachten den Honigmond hin, indem sie zu Roß den Kaukasus, Kleinasien, Palästina, Nord-Egypten, Tripolis, Tunis, Algerien und Marokko durchstreiften. Als dem jungen Paare ein Knäblein geboren wurde, beschloß die Fürstin, in der Folgezeit ihren Gemahl allein reisen zu lassen und sich selbst in ihre Frauengemächer zurückzuziehen. Aber der Fürst reist trotzdem nicht allein. Er ist unendlich reich und kann sich den Luxus gestatten, eine zahlreiche Dienerschaft mit sich zu nehmen. Auf den 43 000 Kilometern durch Asien haben ihn beständig begleitet ein von ihm eingeladener Freund, ein Dolmetscher, ein Koch und mehrere Kosaken. Der Fürst gedenkt sich bald wieder auf den Weg zu machen, er will nur wenige Tage in Paris und in Italien zubringen, um sein Weib zu sehen und sich nebenbei von einem leichten Fieberanfalle zu erholen. Zuerst wird er nach dem Berge Athos reisen, der für die Russen etwas Aehnliches ist, wie Mekka für die Mohammedaner. Dann wird er seine „große Reise“ unternehmen; man kann sich denken, was das für eine Reise sein wird, wenn er sie selbst „groß“ nennt. Der Fürst hat nämlich nicht weniger vor, als das ganze afrikanische Festland von der Nordspitze bis zum äußersten Süden zu durchqueren. Er beabsichtigt von Egypten oder von Tripolis auszuziehen, in den Sudan einzudringen, ferner in die Gegend der großen Seen, zum Zambesi und nach Südafrika zu gelangen, um dasselbe schließlich am Kap der guten Hoffnung zu verlassen. Fürst Konstantin Wiasensky ist jetzt 38 Jahre alt, er ist kräftig und den großen Anstrengungen gewachsen. Seine Reisepläne entwirft er mit großem Scharfsinn und mit Sachkenntniß und führt sie mit einer unerschütterlichen Entschlossenheit zu Ende. Man hält ihn daher durchaus für fähig, seine Durchquerung Afrikas zur That zu machen . . . falls er nicht unterwegs von Menschenfressern aufgefressen wird. Weshalb er reist? Aus Laune, aus Neugier, aus Begierde, um Dinge zu sehen und zu erleben, und endlich, weil er nicht ruhig hinter dem Ofen hocken kann. Man nennt ihn in Freundeskreisen deshalb den modernen Ahasver.“

— Ueber ein eigenartiges Bittgesuch an den Kaiser berichtet der „Ratibor. Anzeiger“ Folgendes: Ein Mädchen in Ratibor, dessen Herz von Liebe zu einem Musketier des dortigen Bataillons erfüllt ist, hat sich im vorigen Monat mit einem Bittgesuch an den Kaiser gewandt. Es schmerzte sie tief, daß ihr Auserwählter keine Knöpfe am Kragen trägt, und so setzte sie sich denn am 14. März hin und trug in einem stilvollen Schreiben dem Kaiser die Bitte vor, er möge den Musketier X. von der 12. Kompagnie des 3. oberschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 62 zum Gefreiten ernennen. Und da sie die Absicht hatte, an den Ostertagen ihren Auserwählten auszuführen, so bat sie zugleich, der Kaiser möge doch die Angelegenheit so beschleunigen, daß der biedere Musketier bereits an den Ostertagen die Knöpfe besitze. Das Schreiben ging von Berlin an das Generalkommando nach Breslau und gelangte dann an das Bataillonskommando hierselbst „zur Bescheidung der Braut“. Der Bescheid, der der Bittstellerin vom Bataillon zuging, wird sie vermuthlich sehr überrascht haben. Das Bataillon ließ ihr nämlich eine Abschrift des Verzeichnisses der Strafen ihres Musketiers zugehen.

London, 4. April. In den Wollagern der London Docks brach gestern Morgen um 4 Uhr eine verheerende Feuersbrunst aus. Das Gebäude, das die Nummer 9 führt, besitzt sechs Stockwerke und ist 250 Yards lang. Es war von oben bis unten mit Wolle gefüllt. Um 5 Uhr waren 25 Dampfspritzen und 3 Spritzenschiffe an der Arbeit, um den Brand zu bewältigen. Die brennende Wolle erzeugte einen so ungeheuren Qualm, daß die ganze Gegend in Nebel gehüllt schien. Erst gegen 11 Uhr wurde der Rauch dünner und um Mittag war die Feuersbrunst endlich bewältigt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. April.

Wetter: Schön. Temperatur + 9 Grad Reaumur. Barometer 773 Millimeter. Wind: Südost.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 136,00 bez., abgelaufene Anmeldung 135,00 bez., per April-Mai 135,50 bez., per Mai-Juni 138,0 G., per Juni-Juli 140,50—140,00 bez., per September-Oktober 144,50 B., 144,00 G.

Roggen etwas fester, per 1000 Kilogramm loko 116,00 bez., per April-Mai 118,00 G., per Mai-Juni 120,00 B. u. G., per Juni-Juli 122,50 B. u. G., per September-Oktober 126,00, 126,50 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 135,00 bis 143,00.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus flau, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 29,3 bez., per April-Mai 70er 29,8 nom., per Mai-Juni 70er —,—, per August-September 70er 31,7 nom., per September-Oktober —,—.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 135,50, Roggen 118,00, 70er Spiritus 29,8.

Angemeldet: —,— Zentner Weizen, 1000 Zentner Roggen.

Berlin, 6. April.

Weizen per Mai 143,25 bis 142,50 Mark, per Juli 144,50 Mark, per September 146,50 Mark.

Roggen per Mai 125,50 bis 124,00 Mark, per Juli 125,00 Mark, per September 129,00 Mark.

Rüböl per April-Mai 43,30 Mark, per Oktober 44,00 Mark.

Spiritus loko 70er 30,80 Mark, per April 70er 35,50 Mark, per Juli 70er 36,60 Mark, per September 70er 37,20 Mark.

Hafer per Mai 132,25 per, Juni 130,75 Mark.

Mais per Mai 103,00 Mark, per Juni 103,00 Mark.

Petroleum per April 18,40 Mark.

Berlin, 6. April. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	108,00	London lang	—.—
do. do 3½%	101 70	Amsterdam kurz	—.—
Deutsche Reichsanl. 3%	88 20	Paris kurz	—.—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	98,90	Belgien kurz	—.—
do. Landescred.-B. 3½%	97,70	Berliner Dampfmühlen	121 50
Centrallandsch.-Pfdbr. 3½%	99 20	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	93,60
do. 3%	87,60		
Italienische Rente	76,70	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	245 25
do. 3% Eisenb.-Oblig.	48,50		
Ungar. Goldrente	96,50	„Union“, Fabrik chem. Produkte	134,00
Rumän. 1881er amort. Rente	97,25	do. neue Emission	137,25
Serbische 5% Tab.-Rente	64,80	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,00
Griech. 5% Goldr. v. 1890	29,75		
Griechische 4% Goldrente	26 00	Macedon. 3% Eisenbahn.-Gold-Obl.	59,00
Russ. Boden-Credit 4½%	104,20		
do. do von 1880	100,00	**Ultimo-Kourse:**	
Mexikan. 6% Goldrente	60,50		
Oesterr. Banknoten	163 50	Disconto-Commandit	192,70
Russ. Banknoten Cassa	219,20	Berliner Handels-Gesellsch.	138,50
do. do Ultimo	219 50	Oesterr. Credit	215,50
National-Hyp.-Credit-		Dynamite Trust	141 10
Gesellschaft (100) 4½%	106,25	Bochumer Gußstahlfabrik	142,50
do. (110) 4%	102,50	Laurahütte	135 90
do. (100) 4%	101 40	Harpener	158 75
[illegible] Hyp.-A.-B. (100) 4%		Hibernia Bergw.-Gesellsch.	123,00
V.—VI. Emission	102,50	Dortm. Union St.-Pr. 6%	67,60
Stett. Vulc.-Act. Littr. B.	106 00	Ostpreuß. Südbahn	94 30
Stett. Vulc.-Prioritäten	139,60	Marienburg-Mlawka-bahn	90,40
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg		Mainzerbahn	118,75
St[illegible]m.-Akt. à 1000 M.	139,60	Norddeutscher Lloyd	112 90
do. 6% Prioritäten	139,60	Lombarden	48,25
Petersburg kurz	217,60	Franzosen	—.—
London kurz	—.—		

Tendenz: fest.

Paris, 5. April, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Matt.

		Kours v. 4.
3% amortisirb. Rente	99,10	99,30
3% Rente	99,10	99,35
Italienische 5% Rente	76 45	76,90
3% ungar. Goldrente	96,43	96,43
III. Orient	70,00	70,20
4% Russen de 1889	100,00	100,10
4% unifiz. Egypter	104,60	104,00
4% Spanier äußere Anleihe	66,00	66,50
Convert. Türken	23,50	23,67½
Türkische Loose	106,80	107,75
4% privil. Türk.-Obligationen	470,00	—,—
Franzosen	697,50	702,50
Lombarden	243,75	—,—
Banque ottomane	625,00	630 00
„ de Paris	655,00	665,00
„ d'escompte	—,—	—,—
Credit foncier	948,00	960,00
„ mobilier	—,—	75,00
Meridional-Aktien	532,00	532,00
Rio Tinto-Aktien	398,75	401,25
Suezkanal-Aktien	2825	2840
Credit Lyonnais	737,00	742,00
B. de France	—,—	4000
Tabacs Ottom.	433,00	438,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,73	122,62
Wechsel auf London kurz	25,16	25,15½
Cheque auf London	25,17½	25,17
Wechsel Amsterdam k.	206,37	206,37
„ Wien k.	199,75	200 00
„ Madrid k.	409,75	409,75
Comptoir d'Escompte, neue	12,12	12,12
Robinson-Aktien	143,75	—,—
Portugiesen	22,31	22,31
3% Russen	86,20	86,75
Privatdiskont	$2^1/_{16}$	$2^1/_{16}$

Hamburg, 5. April, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per April 84,50, per Mai 84,50, per September 80,25, per Dezember 75,50. — Behauptet.

Hamburg, 5. April, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per April 12,55, per Mai 12,60, per August 12,82½, per Oktober 12,27½. Fest.

Bremen, 5. April. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Stetig. Loko 4,80 B. — Baumwolle stetig.

Amsterdam, 5. April, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine per Mai 143,00, per November 147,00. Roggen per Mai 106,00, per Juli 107,00, per Oktober 108,00. — Rüböl —,—, per Mai —,—, per Herbst 21,62.

Amsterdam, 5. April. Java-Kaffee good ordinary 52,25.

Amsterdam, 5. April. Bancazinn 44,75.

Antwerpen, 5. April. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer flau. Gerste ruhig.

Antwerpen, 5. April, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12,12 bez., 12,25 B., per April 12,25 B., per Mai-Juni 12,25 B., per September-Dezember 12,25 B. — Fest.

Paris, 5. April, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 20,55, per Mai 20,65, per Mai-August 20,85, per September-Dezember 21,20. Roggen ruhig, per April 14,10, per September-Dezember 14,40. Mehl ruhig, per April 43,85, per Mai 43,90, per Mai-Juni 44,20, per Mai-August 45,20. Rüböl flau, per April 55,00, per Mai 49,75, per Mai-August 49,00, per September-Dezember 49,50. Spiritus ruhig, per April 36,75, per Mai 37,25, per Mai-August 37,75, per September-Dezember 38,00. Wetter: Schön.

Paris, 5. April, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 35,25 bis —,—. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per April 37,50, per Mai 37,62¼, per Mai-August 37,75, per Oktober-Januar 35,25.

Havre, 5. April, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per April 103,25, per Mai 103,25, per September 99,75. Behauptet.

London, 5. April. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 5. April. 96prozent. Javazucker loko 15,50, ruhig. Rübenrohzucker loko 12,50, ruhig. Centrifugal-Cuba —,—.

London, 5. April. Chili-Kupfer $40^{15}/_{16}$, per drei Monat $41^7/_{16}$.

Glasgow, 5. April, Nachmittags. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 1½ d.

Newyork, 5. April. (Anfangs-Kourse.) Petroleum. Pipe line certificates per April —,—. Weizen per Mai 65,37.

Berliner Frühjahrs-Messe.

Wochenbericht.

Die erste Woche der Berliner Frühjahrsmesse hat im großen Ganzen für die Keramische, Br[...] Kurz-, Spielwaaren- und verwandten Branchen einen befriedigenden Erfolg aufzuweisen. In Anbetracht der allgemein nicht sonderlich günstigen Geschäftslage hatten die Fabrikanten sich von vornherein nicht allzu großen Hoffnungen hingegeben und sind jetzt um so freudiger überrascht [...] theilweise recht belangreiche Ordres, welche speziell für Rußland, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark ertheilt wurden. Speziell haben Luxusartikel in mittleren Preislagen, sowie billige Bazar-Artikel, soweit darin originelle Neuheiten am Markte waren, flotten Absatz gefunden. Das Gleiche bezieht sich auf Berliner und Offenbacher Lederwaaren, Steingut- und Mojolikawaaren, während Porzellan besseren Genres mit Rücksicht auf die russischen Zollverhältnisse für dieses große Absatzgebiet fast gar nicht begehrt ist. Die ersten drei Tage der Messe gestalteten sich recht lebhaft, während am Montag und Dienstag durch die gleichzeitig in Leipzig stattfindende Messe der Verkehr sich merklich abschwächte. Am Mittwoch dagegen war eine große Anzahl Einkäufer hinzugekommen, die, ihren Einkauf in Leipzig beginnend, jetzt in Berlin fortsetzen, und es ist für die zweite Berliner Meßwoche ein weiterer größerer Zuzug zu erwarten. Die Kauflust Nordamerikas ist eine ungemein geringe; die dortigen Läger sind zum Theil überfüllt, weil der erhoffte Absatz auf der Chicagoer Ausstellung ausblieb, andererseits wirken auch die unsicheren Zollverhältnisse lähmend auf das Geschäft. In Folge dessen sind von den Importeuren zumeist nur Muster-Kollektionen bestellt, um die Ordres erst dann zu geben, wenn die neuen Zolltarife mehr Sicherheit in die Verhältnisse gebracht haben werden. Für die Bade-Saison sind Spezialitäten mit „Ansichten“ recht flott gekauft, ebenso für die bevorstehende Antwerpener Ausstellung gute Ordres placirt worden.

Bankwesen.

Paris, 5. April. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 726 926 000, Abnahme 1 322 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 272 585 000, Zunahme 1 980 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen Franks 551 148 000, Abnahme 76 199 000.
Notenumlauf Franks 3 515 858 000, Zunahme 62 963 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 390 679 000, Abnahme 70 648 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 94 810 000, Abnahme 54 427 000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 303 095 000, Zunahme 14 963 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 6 082 000, Zunahme 664 000.
Verhältniß des Baarvorraths zum Notenumlauf 85,31 Prozent.

London, 5. April. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 22 525 000, Abnahme 588 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 173 000, Zunahme 695 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 30 897 000, Zunahme 107 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 26 525 000, Abnahme 1 815 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 28 695 000, Abnahme 422 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 11 474 000, Abnahme 1 386 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 20 142 000, Abnahme 561 000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 8 932 000, Abnahme 2000.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 55⅞ gegen 54⅞ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 149 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 42 Millionen.

Wasserstand.

Stettin, 6. April. Im Revier 18 Fuß 3 Zoll = 5,72 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 6. April. Seitens der konservativen Partei werden einige Initiativ-Anträge vorbereitet. So verlautet, daß Graf Kanitz und Genossen Anträge auf Einführung eines Getreidemonopols vorbereiten. Ein Antrag auf Einführung eines Spiritusmonopols ist gleichfalls zu erwarten.

Der russische Finanzminister Witte ist, wie uns aus Petersburg telegraphirt wird, für seine Verdienste um das Zustandekommen des russischen Vertrages in den Grafenstand erhoben worden. Die offizielle Veröffentlichung des betreffenden Reskriptes dürfte zu Ostern (29./30. April) erfolgen.

Wien, 6. April. Der langjährige politische Führer der Deutschen in Böhmen, Dr. Franz Schmaykal, ist gestern Abend an einer Herzlähmung gestorben. Fast sämmtliche Blätter widmen demselben außerordentlich ehrende Nachrufe.

Graz, 6. April. In Kindberg fand gestern Nacht ein derartig heftiges Erdbeben statt, daß das Schulgebäude arge Sprünge erhalten hat.

Prag, 6. April. Von kompetenter Seite wird die Meldung, daß zu der Hochzeit von Don Carlos auf Schloß Sichrow eine Carlisten-Deputation eintreffen werde, als vollständig unbegründet bezeichnet.

Pest, 6. April. Franz Kossuth ist gestern, nach Verabschiedung von allen offiziellen Persönlichkeiten, nach Turin abgereist.

Brüssel, 6. April. Gestern Abend wurden auf einer Station der Bahnlinie Compiegne von einem Beamten drei Höllenmaschinen von vierkantiger Form entdeckt; dieselben enthielten Pulver und Sprengstoffe. Ein augenblicklich anwesender Artillerie-Kapitän untersuchte dieselben.

Venedig, 6. April. Am Sonnabend wird der feierliche Empfang des Kaisers von Deutschland stattfinden. Da die Kaiserin von Deutschland nicht hierher kommt, so wird auch die Reise der Königin Margherita unterbleiben.

London, 6. April. Die ganze Presse weist auf die Gefahr hin, welche durch das Votum des Unterhauses zu Gunsten der schottischen Homerule hervorgerufen wird. Man befürchtet, daß das Land einer vollständigen Dezentralisation anheimfallen könne, wenn nach Irland auch die andern Landestheile für sich ebenfalls eine autonome Verwaltung beanspruchen sollten.

Bezüglich der großen Feuersbrunst in den Docks wird weiter gemeldet, daß das zerstörte Quecksilber einen Werth von etwa 19 Millionen Mark gehabt hat.

Newyork, 6. April. Aus Leadeville wird gemeldet, daß unter dem Thor zum dortigen Gerichtsgebäude eine mit Dynamit gefüllte Bombe gefunden worden ist. Auf die Ermittelung des Thäters sind behördlicherseits 1000 Dollars Belohnung gesetzt.